

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 82 (2007)
Heft: 6

Artikel: Schweiz braucht Rüstung : Interview
Autor: Schmid, Samuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717124>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ERSCHLOSSEN EMDDOK

ME 530 1.14.10

Schweiz braucht Rüstung

Im Interview mit Bundesrat Samuel Schmid nimmt der Chef des VBS Stellung zu Vorstössen der politischen Linken. Er lehnt die Initiativen ab, die Rüstungsausfuhren und Jet-Flüge über dem Tourismusgebiet verbieten wollen. Und er steht ein für die Heimabgabe der persönlichen Waffe.

+ Herr Bundesrat, derzeit laufen mehrere politische Vorstösse, die alle darauf abzielen, die Armee zu schwächen. Die Exportverbotsinitiative zielt darauf ab, dass die Schweizer Rüstungsindustrie keine Güter mehr ausführen darf. Was ist Ihre Meinung dazu?

Samuel Schmid: Die Schweizer Landesverteidigung ist auf eine eigene Rüstungsindustrie angewiesen und diese auf ausländische Märkte, um überleben zu können, denn der Schweizer Markt alleine ist zu klein, um rentabel und konkurrenzfähig zu bleiben. Ein Exportverbot von Rüstungsgütern, wie dies die Initiative fordert, stellt das Überleben der Schweizer Rüstungsbetriebe infrage.

+ Wie stünde es mit dem Erfahrungsschatz?

Samuel Schmid: Mit einem Wegfall der heimischen Rüstungsindustrie würde neben vielen Arbeitsplätzen wichtiges Know-how verloren gehen. Es sei an dieser Stelle aber auch daran erinnert, dass der Bund bereits heute klar geregelt hat, in welche Länder Rüstungsgüter exportiert werden dürfen.

+ Der Umweltaktivist Franz Weber will das Training von Kampfflugzeugen in Tourismusgebieten verbieten. Wie stehen Sie dazu?

Samuel Schmid: Der Bundesrat hat am 13. September 2006 klar gemacht, dass er die Initiative ablehnt. Am 5. März 2007 folgte der Nationalrat der Empfehlung des Bundesrates und der sicherheitspolitischen Kommission und empfiehlt Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative.

+ Welchen Auftrag erfüllt die Luftwaffe?

Samuel Schmid: Die Armee erfüllt mit Kampfjets den verfassungsmässigen Auftrag zur Wahrung der Lufthoheit der Schweiz. Dazu gehören in Friedenszeiten insbesondere der Luftpolizeidienst, mit dem die Sicher-



Schmid: «Für Waffe im Schrank.»

heit im Luftraum auch zugunsten des Zivilluftverkehrs gewährleistet wird, und im Fall eines bewaffneten Konflikts die Luftverteidigung. Das Üben mit Kampfjets dient dem Erreichen und Erhalten der operationellen Einsatzbereitschaft zur Erfüllung dieser Aufträge. Die heutigen Trainingsräume für Kampfjets liegen über den Alpen und damit über typischen Tourismusregionen der Schweiz.

+ Was geschähe bei einer Annahme der Initiative?

Samuel Schmid: Diese Räume würden bei Annahme der Initiative praktisch zur Trainingsverbotszone, was die Durchführung von glaubwürdigen Übungen mit Kampfjets in der Schweiz nicht mehr erlauben würde. Bei Annahme der Initiative wäre damit die operationelle Einsatzbereitschaft der Kampfjets erheblich beeinträch-

tigt. Dies würde dazu führen, dass die Schweiz ihre Lufthoheit und damit ihre Souveränität und Neutralität nicht mehr glaubwürdig wahren könnte.

+ Was hiesse Tourismusgebiet? Wer würde das definieren?

Samuel Schmid: Der Initiativtext verwendet für den Geltungsbereich unbestimmte Rechtsbegriffe. Die entsprechenden Kriterien für den Begriff «touristisch genutzte Erholungsgebiete» müssten definiert werden. Dies könnte der Bund, gestützt auf seine Grundsatzkompetenz im Bereich der Raumplanung, im Rahmen einer ausführenden Gesetzgebung tun, womit der geltenden Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen Rechnung getragen würde.

+ Was heisst das?

Samuel Schmid: Die räumliche Festlegung der Gebiete wäre in der Kompetenz der Kantone. Demzufolge lässt sich nach dem heutigen Stand nur sagen, dass die aktuellen Festlegungen zu den Tourismusgebieten in den kantonalen Richtplänen von der Initiative erfasst sind und im Rahmen der ausführenden Gesetzgebung grundsätzlich zu berücksichtigen wären.

+ Die politische Linke will die Heimabgabe der persönlichen Waffe verbieten. Wie stehen Sie dazu?

Samuel Schmid: Ich stehe für die Heimabgabe der persönlichen Waffe ein. Die Aufbewahrung der persönlichen Ausrüstung zu Hause stellt eine ausserdienstliche Pflicht der Armeeingehörigen dar, die im Militärgesetz verankert ist. Sie ist auch Ausdruck

des Vertrauens in unsere Bürger, denen auch in anderen Bereichen Vertrauen geschenkt wird, zum Beispiel bei der Bestimmung über komplexe Vorlagen, Steuern und so weiter. Dieses Vertrauen soll nicht zur Diskussion stehen. In unserer Milizarmee besteht nach wie vor ein militärisches Bedürfnis nach der Aufbewahrung der Ausrüstung zu Hause.

+ Was bedeutet die Initiative für das Schiesswesen?

Samuel Schmid: Die Erfüllung der ausserdienstlichen obligatorischen Schiesspflicht wäre kaum mehr durchführbar, wenn die Pflichtigen ihre Waffe nicht mehr zu Hause aufbewahren müssten. Eine umfassende Schiessausbildung der Armeeangehörigen, zu der auch das über die ausserdienstliche obligatorische Schiesspflicht geübte Präzisionsschiessen gehört, bildet weiterhin einen wichtigen Pfeiler der Grundbereitschaft für eine glaubwürdige Schweizer Armee. Es ist ein alter Grundsatz der Infanterie-Schiesslehre: Selbst im raschen Einzelfeuer ist der erste Schuss gezielt!

+ Die sicherheitspolitische Kommission des Ständerates schlägt vor, dass nur noch die Waffe, nicht aber die Taschenmunition zu Hause aufbewahrt wird. Was halten Sie von diesem Vorstoss?

Samuel Schmid: Seit Anfang 2004 wird die Taschenmunition nur noch an aktive Angehörige der Armee abgegeben und ist beim Übertritt in die Reserve und bei der Rückgabe der Ausrüstung zurückzugeben. Die Debatte über eine weitere Abgabe der Taschenmunition an die aktiven Angehörigen läuft derzeit.

+ Zu einzelnen Initiativen der Linken gibt es bereits demoskopische Umfragen. Was sind solche Umfragen wert?

Samuel Schmid: Nicht selten sind Umfragen eher politisch als wissenschaftlich. Eine persönliche Lagebeurteilung ersetzen sie nie. Zu den momentanen Inhalten dieser Umfragen äussere ich mich bewusst nicht. Der Wert demoskopischer Umfragen ergibt sich immer aus der korrekten Interpretation. Hierzu muss schon mal klar sein, wer in solche Umfragen einbezogen wird und wie die Fragen gestellt werden. Grundsätzlich können Umfragen ausgezeichnete strategische Controlling-Instrumente sein. Natürlich kann die Publikation von Umfrageresultaten auch zu einer eher emotionalen Meinungsbildung führen.



Die Werterhaltung F/A-18 ist geplant.

+ Die politische Linke greift nun auch die Militärjustiz an. Wie stehen Sie zu diesen Attacken?

Samuel Schmid: Die Militärjustiz ist seit über hundert Jahren eine effiziente, bewährte und professionell arbeitende Justizbehörde. Der Gesetzgeber hat das Militärstrafrecht immer wieder aktualisiert, sodass die Militärjustiz ihre Aufgabe bis heute in zeitgemässer und verfassungskonformer Weise erfüllen kann. Sie leistet gute Arbeit, weshalb auf sie auch heute nicht verzichtet werden kann.

+ Sollen Militärgerichte über Zivilpersonen urteilen dürfen?

Samuel Schmid: Weshalb denn nicht? Ich muss als Bürger zum Beispiel auch ein Handelsgericht anrufen, wenn der Streit handelsrechtlicher Natur ist. Das Gesetz sieht nur in ganz wenigen Fällen vor, dass die Militärjustiz für Zivilpersonen zuständig ist. Dementsprechend ist die Anzahl der Verfahren, in denen Zivilisten vor Militärgerichten stehen, sehr gering. Die Frage, ob und in welchen Fällen Militärgerichte über Zivilpersonen urteilen sollen, wurde vom Parlament wiederholt überprüft, das letzte Mal vor drei Jahren.

+ In der Sommersession geht es im Nationalrat erneut um den Entwicklungsschritt 2008/11. Wie lautet Ihre Lagebeurteilung?

Samuel Schmid: Ich bin nach wie vor überzeugt, dass der Entwicklungsschritt 2008/11 sinnvoll und notwendig ist. Die

Debatte im Ständerat in der Frühlingssession hat gezeigt, dass dies von Seiten der Parlamentarier anerkannt wird – er stimmte mit null Gegenstimmen zu. Ich bin zuversichtlich, dass auch der Nationalrat in der Sommersession zustimmen wird.

+ Was bringt das nächste Rüstungsprogramm, insbesondere was das neue Geschützte Transportfahrzeug für die Infanterie betrifft?

Samuel Schmid: Das geschützte Transportfahrzeug ist eine Pendenz. Über die Anforderungen ist noch zu sprechen. Die Departementsleitung entscheidet erst im Herbst über die Vorhaben, die das VBS dem Bundesrat mit dem RP 08 zur Beschaffung beantragt. Der Bundesrat beschliesst voraussichtlich im Februar 2008 über das RP 08. Deshalb ist die Zusammensetzung des RP 08 noch offen.

+ Was soll beschafft werden?

Samuel Schmid: Mögliche Beschaffungsvorhaben sind in erster Linie das Geschützte Mannschaftstransportfahrzeug sowie ein werterhaltendes Massnahmenpaket für den F/A-18. Weitere denkbare Vorhaben für das RP 08 sind ABC-Aufklärungsfahrzeuge, Mobiler ABC-Nachweis sowie Fahrzeugbeschaffungen im Bereich Fähigkeitserhalt von Mobilität und Motorisierung. Dazu kommen verschiedene Simulatoren.

Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für das Gespräch. fo. **+**